

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/214

Bonn, den 22. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Verpflichtung und Mahnung</u>	
	Nach dem Berlintreffen der Deutschen Sozialdemokratie	48
2 - 3a	<u>Nachdenkliche Betrachtungen (II)</u>	108
	Zum Nachtragshaushalt für das Jahr 1962	
	Von Heinrich G. Ritzel, MdB	
	Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestags	
3a	<u>Schattenboxer Strauss</u>	15
	Bundeswehr und NATO	
4	<u>Schule zwischen Tradition und Fortschritt</u>	42
	AsL hält Bundestagung in Lübeck - Schulprobleme stehen im Vordergrund	
5 - 6	<u>Gomulkas "Neue Entwicklungsetappe"</u>	88
	Das Gewicht der Wirtschaft in der internationalen Auseinandersetzung	
	Von Dr. E. Eckert	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Verpflichtung und Mahnung

Nach dem Berlintreffen der Deutschen Sozialdemokratie

ler - Für die Deutsche Sozialdemokratie hat es der aufrüttelnden Mahnung unseres Staatspräsidenten Lübke, jeder Deutsche habe sich zu Berlin so zu verhalten, als ob es um ihn selbst ginge und die Zukunft dieser Stadt von seinem Verhalten abhinge, gar nicht bedurft. Dieses Wort des Staatspräsidenten steht als Leitmotiv über dem Wirken dieser Partei seit den schweren Jahren nach dem Zusammenbruch, es bestimmt deren Ziel und Inhalt. Das vorbehaltlose Bekenntnis der Sozialdemokratischen Partei zu Berlin fand in der vergangenen Woche mit dem Abschluß des Berlintreffens seinen schönsten und überzeugendsten Ausdruck - und dies in einer Zeit voll von dunklen Ungewissheiten und bangen Erwartungen. Der kommunistische Werkkrieg in und um Berlin geht einem Höhepunkt entgegen, den Herren Chruschtschow und Ulbricht, nun auch unterstützt von dem polnischen Parteichef Gomulka, liegt ungeheuer viel daran, die moralische Widerstandskraft der Berliner und des deutschen Volkes zu zerstören. Ein Volk mit gebrochener Moral und ausgehöhlter Widerstandskraft läßt sich manipulieren wird zur Beute fremder Machtinteressen, und das ist es, was Chruschtschow braucht, um seinem Ziel einer zementierten Spaltung unseres Vaterlandes nahezukommen.

Hier stößt Moskau auf die Deutsche Sozialdemokratie als einer unzerstörbaren Barriere. Der Weitblick und die moralische Widerstandskraft dieser Partei hatten schon einmal - im Jahre 1946 - Wirkungen, die der deutschen und europäischen Entwicklung eine den Wünschen der russischen Kommunisten entgegengesetzten Lauf gaben. Heute ist es wiederum die Sozialdemokratie, die sich als ein starker Faktor der deutschen Politik Herrn Ulbricht und seinem Meister in den Weg stellt und aus der Tiefe unseres Volkes geistige, sittliche und freiheitliche Abwehrkräfte mobilisiert. Sie befindet sich hier in voller Übereinstimmung und Harmonie mit den freiheitserhaltenden Kräften in der Welt, wahrhaftig ein Plus, das dem ganzen deutschen Volke zugute kommt, und das sich in den kommenden Wochen und Monaten als wirkungsvolle Waffe erweisen wird.

Das Berlintreffen deutscher Sozialdemokraten übertraf die darin gesetzten Erwartungen. Für alle Teilnehmer wird es ein unauslöschliches Erlebnis bleiben. Für die bedröhten Berliner und ihren "Regierenden" war es ein Beweis der Treue und Zuverlässigkeit einer Partei, die sich Berlin und der ganzen deutschen Nation verpflichtet fühlt, für die Leidenden, Unterdrückten und zum Schweigen verurteilten Bewohner Ostberlins und Mitteldeutschlands ein Zeichen, daß sie nicht vergessen sind, für Ulbricht und Chruschtschow eine Mahnung, in ihrer Deutschlandpolitik die moralischen Widerstandsenergien jenseits der Mauer nicht zu übersehen. Wichtige und befruchtende Impulse werden von diesem Treffen für die deutsche Politik ausgehen, weiteten doch die Veranstaltungen, die ihm vorausgingen, den Blick für die größeren Zusammenhänge, in denen unser aller Schicksal eingebettet ist.

Im Verbund mit allen der Zukunft zugewandten Kräften wird die Deutsche Sozialdemokratie ihre Energien auf die Lösung unaufschiebbarer Aufgaben, die mit Berlin gestellt sind, aber die auch in der Bundesrepublik so offen zutage treten, konzentrieren.

Und sie wird es schaffen.

Nachdenkliche Betrachtungen (II)

Zum Nachtragshaushalt für das Jahr 1962

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Die Deckung des Haushaltsplanes stellt sich der Bundesfinanzminister wie folgt vor: Der für den Ausbau des Deutschen Gesundheitsmuseums in Köln im Haushaltsplan 1962 vorgesehene Betrag von 740 000 DM wird im Rechnungsjahr 1962 nicht benötigt und kann deshalb als Deckung verwendet werden.

Im Einzelplan 12 - Bundesfernstrassen - will der Bundesfinanzminister den bisherigen Haushaltsansatz von 2 372 000 000 endgültig um 180 000 000 DM kürzen, so daß für 1962 für den Strassenbau nur 2 192 000 000 DM zur Verfügung stehen. Der Bundesfinanzminister und mit ihm die Bundesregierung planen damit eine Kürzung der zweckgebundenen Einnahmen aus der Mineralölsteuer. Artikel 1 des Strassenbaufinanzierungsgesetzes vom 28.3.1960 bestimmt, daß der auf den Kraftverkehr entfallende Teil des Aufkommens an Mineralölsteuer für Zwecke des Strassenwesens zu verwenden ist.

Von diesem Gesamtaufkommen werden nach dem erwähnten Gesetz jährlich 600 Millionen DM für allgemeine Haushaltszwecke vorweg abgezogen, ebenso werden Betriebsbeihilfen für versteuerte Mineralöl- und Finanzierungsbeiträge abgesetzt, soweit sie nicht aus dem zweckgebundenen Mehraufkommen an Beförderungssteuer gedeckt werden können. Mit dieser Maßnahme ist es unter Führung der Sozialdemokraten 1960 gelungen, eine Zweckbindung zur Sicherung des Bundesstrassenbaues durchzusetzen, nachdem die Bundesregierung und die Bundestagsmehrheit Jahre hindurch nicht die erforderlichen Beträge für den Strassenbau zur Verfügung gestellt haben. Erst auf Grund dieser Maßnahme war eine zuverlässige und einigermaßen ausreichende Planung im Rahmen des laufenden und der nachfolgenden Vierjahrespläne möglich.

Auf Kosten des Bundesstrassenbaus

Schon bei der Verabschiedung des ordentlichen Haushalts für 1962 wurde die 20 v.H.-Sperrung auch auf den Strassenbau ausgedehnt, obwohl konjunkturelle Gründe in keiner Weise ausschlaggebend waren. Damals hat die Bundesregierung und die sie tragende Mehrheit bestritten, daß für diese Zwecke finanzpolitische Erwägungen entscheidend seien. Nun weist der Nachtragshaushalt für 1962 einwandfrei nach, daß auf Kosten des Bundesstrassenbaus 160 Millionen DM den allgemeinen Haushaltsmitteln zugeführt werden sollen, und man geht sogar soweit, durch das für ein Jahr gültige Haushaltsgesetz, das an sich nichts anderes ist als ein "Verwaltungsakt besonderer Art", das Spezialgesetz über die Strassenbaufinanzierung vom 28.3.1960 zu ändern.

Diese Maßnahme fordert vom Standpunkt des Haushaltsrechts, mehr aber noch vom Standpunkt der deutschen Strassenbaupolitik, zum schärfsten Protest heraus. Haushaltsrechtlich kann man darüber streiten, ob ein Haushaltsgesetz wirklich befähigt sein darf, ein Spezialgesetz ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen und die auf Spezialgesetzen

beruhende Verwendung von Teilen des Steueraufkommens kurzerhand zu ändern. Von Standpunkt der Strassenbaupolitik aber muß man sich fragen, ob die Bundesregierung mit Blindheit geschlagen ist, wenn sie angesichts der Situation auf den bundesdeutschen Strassen die immer noch unzureichenden Haushaltsmittel weiterhin kürzt.

Die Kürzung um 180 Millionen DM gefährdet die Durchführung des am 31. Dezember dieses Jahres auslaufenden ersten Vierjahresplanes und die Fortsetzung dieser Politik, die bereits in der Begründung zum Haushaltsplan 1963 angekündigt ist, gleicht einem schweren, unterträglichen Schlag gegen jegliche Vernunft auf dem Gebiet des deutschen Strassenbaus. Wer die Situation auf Bundesstrassen und Bundesautobahnen kennt, wer die täglich steigende Zahl der motorisierten Fahrzeuge im Strassenverkehr berücksichtigt, wer aus eigenem Erleben weiß, daß der derzeitige Zustand auf den Bundesautobahnen nach Beseitigung der im Lastkraftwagenverkehr liegenden Verkehrshindernisse und besonders nach einer dritten Spur bei fast jeder Autobahn geradezu schreit, kann kein Verständnis für diesen Deckungsvorschlag der Bundesregierung aufbringen und zweifellos werden im Bundestag aus diesem Anlaß harte Auseinandersetzungen zu erwarten sein. Jeder Abgeordnete wird sich angesichts der ständig steigenden Zahl der Unfälle und der Verkehrstoten fragen müssen, ob er eine derartige Kürzung der Strassenbaumittel vor seinem Gewissen verantworten kann.

Kostenersparnisse

Eine Deckungsmaßnahme besonderer Art sieht der Finanzminister in der Möglichkeit der Kostenersparnis aus Anlaß der vorgesehenen Beschaffung der Mittel im Wege des Kredits. Hierfür waren ursprünglich 68,6 Millionen vorgeschlagen. Der Bundesfinanzminister glaubt, daß die Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Kreditmitteln nicht mehr als 43,8 Millionen DM beansprucht werden und daß 25 Millionen DM zur Deckung der erforderlichen Mittel im Nachtragshaushalt zur Verfügung stehen.

Ähnlich verhält es sich mit der Einsparung von 31 Millionen DM, die für Zinsen der Bundesanleihe 1962 vorgesehen waren, da Zinsen in diesem Jahre aus diesem Anlaß voraussichtlich nicht fällig werden. Weitere 30 Millionen DM können eingespart werden, weil eine Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Bundeshauptkasse in diesem Ausmaß nicht notwendig werden. Besonders interessant ist die mit 100 Millionen DM bezifferte Deckungsmöglichkeit aus der Nichtinanspruchnahme aus Bürgschaftsverpflichtungen. Die Erläuterungen des Bundesfinanzministers sagen hierzu, daß der Verlauf der Schadensfälle der abgelaufenen Monate eine höhere Inanspruchnahme als 100 Millionen DM nicht erwarten läßt. Da für diesen Zweck im Haushalt 1962 200 Millionen DM vorgesehen sind, können also 100 Millionen DM als Deckung Verwendung finden. Dieser Vorschlag ist deshalb von besonderem Interesse, weil der Finanzminister eine Deckungsmöglichkeit bejaht, die ich schon im Frühjahr dieses Jahres öffentlich vorgeschlagen habe, als es galt, Deckungsmöglichkeiten für eine Überbrückungshilfe an Kriegsoffer und eine Überbrückungszahlung an Bundesbeamte nachzuweisen. Damals hat die Bundesregierung diesen Deckungsvorschlag totgeschwiegen, heute präsentiert sie ihn selbst. Interessant aber ist noch die Tatsache, daß die Begründung, wonach eine höhere Inanspruchnahme der Bürgschaftsleistungen des Bundes unter diesem Titel mit mehr als 100 Millionen DM nicht zu

erwarten seien, nicht zutrifft. Ich stelle fest, daß jetzt, zehn Wochen vor dem Ende des Rechnungsjahres, auch diese 100 Millionen DM bei weitem nicht benötigt werden, so daß hierin für Zahlungen an die Kriegsoffer und Bundesbeamten für 1962 eine zusätzliche Deckungsmöglichkeit gegeben ist.

Im Haushaltsgesetz war eine Sperre eines Teils der Bauausgaben ausgesprochen. Das Ergebnis dieser Sperre wird nun als endgültige Kürzung und damit als Mindestausgabe im Nachtragshaushalt mit 114,7 Millionen DM genannt.

Darlehensermächtigungen

Der Bundesfinanzminister will nach dem Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1962 ermächtigt werden, die Darlehenszusagen zur Förderung der Entwicklungsländer im Betrag von 1 250 000 000 DM bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Jahres auszudehnen. Der Bundestag und auch der Bundesrat werden wohl Veranlassung haben, dieses Ansinnen kritisch zu prüfen. Ein Haushaltsgesetz ist im Sinne der Reichshaushaltsordnung grundsätzlich nur für die Dauer eines Jahres wirksam und zwar eines bestimmten Rechnungsjahres. Es ist anerkannt, daß das Haushaltsgesetz keine Vorschriften enthalten soll, die in ihrer Wirkung über das Rechnungsjahr hinausgehen, für das das Haushaltsgesetz gilt. Bei Annahme des Vorschlags des Bundesfinanzministers wird ein Präzedenzfall geschaffen, dessen Wiederholung auf anderen Gebieten nicht ungefährlich ist.

Der Abschluß

Mit Annahme des Nachtragshaushalts, so wie ihn die Regierung will, würde die Gesamtsumme des Haushalts 1962 in Einnahme und Ausgabe 53 404 353 300 DM betragen. Von dieser Summe muß das Parlament auch bei Beratung des Haushalts für 1963 ausgehen. Im ganzen gesehen bietet der Nachtragshaushalt für 1962 ein zwiespältiges Bild, das nicht ohne kritische Betrachtung im einzelnen akzeptiert werden kann.

+ + +

Schattenboxer Strauss

Bundeswehr und NATO

sp - In Ermangelung besserer Argumente baut sich Verteidigungsminister Strauss eine imaginäre Gegenposition auf, um gegen diese polemisieren zu können. Im Boxsport nennt man so etwas Schattenkampf. - Kein Mensch, weder in den USA noch in Deutschland, hat den A l l e i n-einsatz der Bundeswehr im Falle einer militärischen Aggression des Ostens auf West-Berlin verlangt. Stets war nur davon die Rede, daß die Bundeswehr als Teil der NATO-Truppen bei einem Angriff auf andere NATO-Partner ebenfalls in das Verteidigungsdispositiv eingebaut wird. Das steht in allen Verträgen, deren Zustandekommen Herr Strauss propagandistisch vorbereitet, später gebilligt und jetzt selbstverständlich zu honorieren hat. Straussens Versuch, anderen Politikern etwas zu unterstellen, was sie nie sagten oder forderten, gehört offenbar zu den Methoden, mit denen sich der Bundesverteidigungsminister seit jeher allseits beliebt gemacht hat.

+ + +

Schule zwischen Tradition und Fortschritt

B.W. - Unter dem Motto: "Schule zwischen Tradition und Fortschritt" hält die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL) ihre diesjährige Bundestagung in der Zeit vom 30. Oktober 1962 bis zum 2. November 1962 in der historischen Hansestadt Lübeck ab. Der traditionsreiche Boden der alten Stadt und die Leistungen fortschrittlichen Hanseatengeistes geben hinsichtlich des Tagungsthema den treffenden Rahmen.

Höhepunkte der Tagung bilden die Festansprache des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, des niedersächsischen Kultusministers Richard Voigt (Thema: Zur Schulsituation in der Bundesrepublik) und das Hauptreferat der Veranstaltung, gehalten von Stadtschulrat Dr. Otto Harde, Hannover, dem zweiten Bundesvorsitzenden der AsL (Thema: Schule zwischen Tradition und Fortschritt). Beide Redner sprechen am Mittwoch, dem 31. Oktober 1962 und geben mit ihren Ausführungen die Grundlagen für die an den übrigen Tagen vorgesehene pädagogische Arbeitstagung.

Überall in der Welt wird die außerordentliche und weiter zunehmende Bedeutung der Bildung sichtbar. Zahlreiche Soziologen behaupten sogar, daß sich unsere soziale Welt von einer industriellen Gesellschaft zu einer Bildungsgesellschaft wandelt. Auch eine moderne Wirtschaft hängt immer mehr von dem Grad der Ausbildung eines jeden Bürgers ab. Die Beschäftigung mit Bildungsfragen ist also nicht eine Art "Kulturphänomen", sondern Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft.

So wie Deutschland auf sozialem Gebiet schon einmal eine entscheidende Revolution nachholen mußte, die industrielle Revolution, so befindet es sich heute mit der Entwicklung seines Bildungswesens im grossen Rückstand. Das Elend des deutschen Bildungswesens ist außerordentlich vielfältig, sowohl in Bezug auf die betroffenen Sachgebiete, als auch in Hinsicht auf Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern und schließlich auch noch im Vergleich mit den Bildungssystemen anderer Staaten.

Besondere neuralgische Punkte sind: Der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Bildungserfolg in der Schule - die Berufsaufbauschulen (zweiter Bildungsweg) - die Oberstufenreform der Gymnasien (Saarbrücker Rahmenvereinbarung).

Obwohl mit der Nennung dieser drei Probleme die Aufzählung der besonders neuralgischen Stellen des bundesdeutschen Bildungswesens nicht erschöpft ist, hat sie die AsL wegen ihres allgemeineren Interesses herausgestellt und widmet ihnen besondere Aufmerksamkeit.

In drei Arbeitsgruppen werden diese Themen an zwei Tagen ausführlich und eingehend diskutiert mit dem Ziel, bestimmte Grundsätze oder Ergebnisse zu erreichen, die anschließend der Jahreshauptversammlung - die gleichzeitig mit der Arbeitstagung durchgeführt wird - zur Beschlusfassung vorgelegt werden sollen.

Gomulkas "Neue Entwicklungsstufe"

Von Dr. E. Eckart

Nicht eine Hand rührte sich bei den sonst so beifallsbegierigen "Volkskammer"-Abgeordneten, als Polens KP-Chef Wladislaw Gomulka sachlich, nüchtern und doch schonungslos die gegengewärtigen Nöte und Engpässe der beiden Ostblockstaaten darlegte, deren KP-Repräsentanten sich gegenseitig als "treue Brüder" anredeten, ohne bei den Ostberliner Verhandlungen mehr als "einleitende Schritte" erzielt zu haben. Gomulka, der den Wirtschaftsproblemen den hervorragenden Teil seiner Rede widmete, liess keinen Zweifel daran, dass die gegen alle sowjetischen Erwartungen und Schätzungen so rasch erstarkende und durch den bevorstehenden Beitritt vor allem Grossbritanniens zu einer Weltwirtschaftsmacht allerersten Ranges werdende EWG den Ostblock und seine Wirtschaft vor Problemen gestellt hat, mit denen man in den Planungszentralen Moskaus und der Satellitenhauptstädte mit den bisherigen Methoden sicher nicht mehr fertig werden kann.

Vor den betroffen schweigenden Mitgliedern der Ostberliner Regierung und der "Volkskammer" kündigte der sich bewusst als Realpolitiker gebende Pole den Beginn einer "Neuen Entwicklungsstufe" an, deren Durchführung und Bewältigung auf jeden Fall die radikale Ausschaltung der Kur-Parteiapparatschiks aus dem Leistungs-, Planungs- und Produktionsprozess voraussetzen muss. Die Ostberliner Verwaltung hat mit diesem Personalaustausch, mit der Einschleusung von Experten in die Schlüsselstellungen, bereits begonnen. Die "Neue Entwicklungsstufe", die von Gomulka am 19. Oktober in der Ostberliner "Volkskammer" angekündigt wurde und die, wenn seine Rede überhaupt einen Sinn gehabt haben will, auch für die Zone verbindliche Wirkung bekommen soll, wird den breiten Einzug der östlichen "Eggheads" und der fundierten Praktiker in die Wirtschaftsführung auch der Zone mit sich bringen müssen. Wenn die Ostblock-Zentralen diesen grundsätzlichen Wandel nicht vornehmen können, und zwar in tatsächlich sehr absehbarer Zeit, dann würde Gomulkas "Neue Entwicklungsstufe" schon scheitern müssen, bevor sie überhaupt richtig begonnen hätte.

Gomulkas Thesen, die er an einem mit "Fokerface" schweigenden Ulbricht vorbei in ein unbewegliches Auditorium hinein vortrug, enthalten im Kern die Forderung nach einer sowohl im Grundsatz als auch in der Durchführung totalen Koordinierung der Wirtschaften Polens und der "TDR", wobei er interessanterweise als weiteren Partner namentlich nur die CSSR nannte, ohne an der absoluten Führungs- und Kommandoposition der Ostblockvormacht UdSSR natürlich auch nur gedanklich zu deuteln. Der Ostblock, dessen Wirtschaft an zu vielen Stellen von Krisenschauern geschüttelt wird, sieht in dieser Koordinierung auf allen Gebieten von der gemeinsamen Planung, um schon hier Doppelarbeit zu vermeiden und Fehlleistungen auszuschliessen, bis zur Produktion, die arbeitsteilig bis in Teilerzeugnisse spezialisiert geregelt werden soll, das Allheilmittel gegen den bisher sträflich unterschätzten EWG-Riesen, dessen Wirksamkeit und Wirkung die östlichen Planungen durcheinandergebracht haben.

Als Folge des kommunistischen Planungsperfektionismus, der alle noch so sehr auf Elastizität berechneten Elemente in der Praxis schliesslich immer wieder selbst zur Erstarrungsmomenten werden lässt, veranlasste auch Gomulka, in seiner "Volkskammer"-Rede schon in diesem Einleitungsstadium der angestrebten Co-Produktion Polen-"DDR" bereits in Details einzugehen, die für diese Gemeinschaftsplanung tatsächlich des Teufels sein müssen. Eine sehr sorgfältige Beobachtung der neuen Entwicklungstendenzen, Planungen und Vorhaben dürfte schon bald die Berechtigung dieser Prognosen bestätigen. Polens KP-Chef hat seinen Ostberliner Gastgebern kühl vorgerechnet, dass die Arbeitskraftreserven der Zone völlig erschöpft sind. Der Hinweis, dass sich sogar in Polen schon ein ähnlicher Prozess anbahne, dürfte für Ulbricht kaum ein Trost gewesen sein.

Gomulkas zwangsläufige Forderung war, wenn, so warnte er, die wirtschaftliche Entwicklung beibehalten und der Lebensstandard bewahrt werden sollen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Rationalisierung und die Modernisierung der Ost-Wirtschaft. Das aber setzt, ungeachtet aller Pläne und Zusammenarbeitsvorhaben, den in seinen Ausmassen heute sicher noch gar nicht zu berechnenden Einsatz von finanziellen Investitionsmitteln voraus, über die weder die Zone, noch Polen, noch die CSSR, ganz gewiss keiner der anderen Ostblock-Partner und auch die UdSSR selber nicht verfügen. Es ist doch kein Geheimnis, dass die wirtschaftlichen Rückschläge des Zonen-Regimes in erster Linie dem Investitionsdebakel zuzuschreiben waren und sind. Jetzt müssten, sollten Gomulkas Pläne überhaupt einmal Wirklichkeit werden, noch unberechenbar viel grössere Investitionsmittel laufend und ungehemmt in eine erst noch umzubauende und umzuorganisierende Wirtschaft hineingepumpt werden!

Kein Wunder, dass Gomulka nur von "einleitenden Schritten" sprach; kein Wunder, dass er jede Abschliessung der Ostwirtschaft gegen die Westwirtschaft etwa durch Zollbarrieren oder andere Hindernisse ablehnte; kein Wunder, dass er der Erhöhung der Handelsumsätze mit dem Westen das Wort redete; kein Wunder, dass er als einzigen gemeinsamen Markt nur einen "gemeinsamen Weltmarkt" anerkannte und dass er, in Wiederholung der Chruschtschow-Forderungen, von einer "Internationalen Welthandelskonferenz" und von der Schaffung einer "Internationalen Handelsorganisation" auf der Grundlage der Gleichheit aller Länder in Ost und West sprach!

Der Osten spricht von der "Neuen Entwicklungsetappe" seiner Wirtschaftspolitik. Es scheint, als ob das Gewicht der Wirtschaft immer schwerer auf die Waagschale der internationalen Politik drücke. Man sollte im Westen diesem Bereich der weltweiten Auseinandersetzung doch ebensoviel Aufmerksamkeit zuwenden, wie man sie heute dem militärischen Sektor widmet.